Stadt Raguhn-Jeßnitz

Sitzungsniederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 03.02.2021

Ort: Gebäude Gaststätte "Zur schönen Linde" Thurland, Hauptstraße, 06779 Raguhn-Jeßnitz

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.15 Uhr

Teilnehmer

Anwesend:

Herr Klaus Zschocke
Herr Uwe Ziegler
Herr Hannes Loth
Herr Bernd Marbach
Herr Manfred Paulik
Herr Manfred Dreißig
Herr Andreas Schröter
Frau Sabine Heinz
Herr Steffen Berkenbusch
Frau Gudrun Dietsch
Herr Steffen Erdreich
Herr Uwe Fromme
Herr Henry Gräfe
Herr Tilo Hörtzsch
Herr Stefan Krause
Herr Marcel Schröder
Herr Nils Naumann
Herr Eberhard Berger

Abwesend:

Herrn Michael Dubrau
Herr Torsten Braune

Aus der Verwaltung:

Frau Mädchen-Vötig, Fachbereichsleiterin Zentrale Dienste und
Soziales, Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Frau Engelhardt, Protokollantin
Frau Gabriel-Puhl, Protokollantin

Gäste:

Frau Knoblauch, stellv. Ortsbürgermeisterin Tornau vor der
Heide

5 Vertreter der Bürgerinitiative "Erhalt Kita-Standort"

3 Einwohner

Presse:

Herr Fuhse, Vertreter MZ

Vorläufige Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
3.	Einwohnerfragestunde

4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2020 (öffentlicher Teil)	
5.	Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Arbeit in den Ausschüssen	
6.	Protokollkontrolle vom 16.12.2020 (öffentlicher Teil)	
7.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2020 sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)	
8.	1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 03.07.2019	6-2021
9.	2. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz und seine Ausschüsse	7-2021
10.	Zulässigkeit des Bürgerbegehrens "Für den Erhalt, die Sanierung, Ertüchtigung des vorhandenen Kita-Standortes "Sonnenzauber" Mittelstraße/Raguhn und gegen dessen Neubau auf dem Markeschen Platz"	1-2021
11.	Festlegung des Wahltages für die Durchführung des Bürgerentscheids zur Aufhebung des Beschlusses 47-2020 (Grundsatzbeschluss Kita Sonnenzauber Raguhn)	3-2021
12.	Anfragen und Anregungen der Stadtratsmitglieder und des Bürgermeisters	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
----	---

Das Diktiergerät wird für die Aufzeichnung der Beratung in Betrieb genommen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Naumann, eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die anwesenden Stadträte, den Bürgermeister, die Ortsbürgermeister/in, die Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung, die Vertreter der Bürgerinitiative, den Vertreter der MZ sowie die anwesenden Einwohner. Von 20 Stadträten waren 17 Stadträte und der Bürgermeister anwesend. Herr Naumann stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
----	--

Herr Berkenbusch beantragt die wörtliche Niederschrift seiner Beiträge.

Er fragt, warum Herr Loth keine Maske trägt?

Herr Loth erklärt, dass er Abstand hat.

Herr Naumann erklärt, dass er dafür ist, dass die Maske getragen wird. Herr Loth hat im Vorfeld dem Stadtratsvorsitzenden erklärt, dass es keine Verordnung/Rechtsgrundlage gibt. Daher kann er ihn nicht zwingen, eine Maske zu tragen. Es ist ein Schutz für ihn und den anderen. Er kann Herrn Loth nicht zwingen.

Herr Hörtzsch fragt, wozu dann der Hinweis bei der Einberufung war, dass Maskenpflicht besteht. Ob er das vergessen hat?

Herr Naumann hat es jedem geraten, kann ihn aber nicht verpflichten, da er keine

Ordnungsbehörde ist.

Herr Hörtzsch hätte gern die Grundlage, warum es in diesem Saal Bürger und Abgeordnete gibt, die keine Maske tragen müssen.

Herr Naumann erklärt, dass es keine Begründung gibt. Er schlägt vor, dass derjenige, welcher 1,5 m Abstand hat, keine Maske tragen muss. Jeder muss sich dafür rechtfertigen.

Herr Hörtzsch sagt, dass es dafür eine Lösung geben muss. Er kennt Veranstaltungen, die deshalb aufgelöst worden sind, wegen Maskenverweigerer. Er hätte gern eine Regelung, auch für die Zukunft, wie man hier verfährt. Er merkt an, dass der Raum für den 1,5 m Abstand wohl zu klein sei.

Herr Naumann erklärt, dass die einheitliche Regelungen so ist: Wenn die Person 1,5 m Abstand hat, kann derjenige die Maske abnehmen.

Im Fall von Herrn Hörtzsch in der 1. Reihe ist das nicht gegeben. In der hinteren Reihe ist es der Fall. Auch wenn bei den Zuschauern der Abstand von 1,5 m eingehalten wird, könnten diese die Maske abnehmen.

Er ist z. B. der Redner und wird die Maske in der Stadtratssitzung nicht tragen.

Der öffentliche Teil der vorliegenden Tagesordnung wurde ohne Änderungen mit, 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, bestätigt.

3.	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

- keine Anfragen -

4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2020 (öffentlicher Teil)
----	---

Der öffentliche Teil der vorliegenden Niederschrift vom 16.12.2020 wurde ohne Änderungen mit, 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen, bestätigt.

5.	Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Arbeit in den Ausschüssen
----	--

Herr Berger, Vorsitzender Ausschuss Bau, Wirtschaft und Vergabe: Sitzung vom 02.02.2021: Schwerpunkte waren:

- Information zum Ersatzneub der Brücke über die Mulde im OT Raguhn: Eine Zeitschiene kann noch nicht bekanntgegeben werden. Nach jetzigem Planungsstand ist vorgesehen, auf der Seite Gaststätte Bootshaus/ehem. Klubhaus eine Behelfsbrücke zu errichten und den neuen Brückenbaukörper an die Stelle der jetzigen Brücke zu errichten. Die Planungen laufen jetzt an. Die Unterlagen liegen im Bauamt zur Information aus. Ebenfalls waren diese Unterlagen auch im Ratsinformationssystem bei der Einberufung zum Bauausschuss eingestellt worden.
- Beratung zu Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange

Herr Marbach, Vorsitzender HFA: Sitzung vom 03.02.2021: Schwerpunkte waren:

- Beschlussfassung zur Annahme von Spenden
- Vorberatung der Tagesordnungspunkte für den Stadtrat

Herr Erdreich, Vorsitzender Ausschuss Ordnung: keine Sitzung

Herr Krause, Vorsitzender Ausschuss Soziales: Nächste Sitzung findet am 02.03.2021 statt.

- Herr Krause lädt den Präsidenten bzw. Vertreter der Schützengilde Raguhn zur Sitzung des Ausschusses Soziales ein.

6.	Protokollkontrolle vom 16.12.2020 (öffentlicher Teil)
----	---

Die Ausführungen sind den Stadträten vorab schriftlich zugegangen und werden für die Anwesenden durch den Bürgermeister dargestellt (als Anlage zum Protokoll).

7.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2020 sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)
----	--

Die Ausführungen sind den Stadträten vorab schriftlich zugegangen und werden für die Anwesenden durch den Bürgermeister dargestellt (als Anlage zum Protokoll).

8.	1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 03.07.2019	6-2021
----	--	--------

Herr Hörtzsch stellt den Antrag (analog HFA), die Beschlussvorlage 6-2021 und 7-2021 zurückzustellen. Die Fraktion der CDU sieht aus technischer Sicht diese Sache nicht für ausgereift. Die Bürgerbeteiligung ist nicht gegeben und die Ortschaftsräte wurden im Vorfeld nicht angehört. Die Fraktion geht davon aus, dass das noch erfolgen sollte. Wenn das erfolgreich durchgeführt worden ist, kann die Fraktion zustimmen. Wenn dieser Antrag nicht bestätigt wird, wird die Fraktion mit "Nein" stimmen.

Herr Marbach korrigiert die Ausführungen von Herrn Hörtzsch. Es wurde im HFA erklärt, dass die technischen Voraussetzungen in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Am heutigen Tag wurde die erste Dienstberatung in einer Videokonferenz erfolgreich durchgeführt. Technisch ist man in der Lage, Beratungen durchzuführen. Die Ausrüstung und die Servereinheiten stehen zur Verfügung. Es werden mit den Stadträten noch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen, um solche Videokonferenzen technisch umsetzen zu können. Im vergangenen Jahr wurde die Hardware erfolgreich installiert.

Herr Hörtzsch korrigiert und erklärt, dass er davon gesprochen hat, dass nicht alle Stadträte die technischen Voraussetzungen haben, um an diesen Sitzungen teilnehmen zu können. Man kann davon ausgehen, dass wir Räte im Saal sitzen haben, welche über sämtliche modernste Technik verfügen, um genau diese Voraussetzungen zu erfüllen.

Herr Dreißig wiederholt seine Ausführungen aus dem HFA. Man braucht nicht die modernsten technischen Geräte. Ein Handy, eine App wird benötigt. Man will sich mit diesem Beschluss prophylaktisch darauf vorbereiten, wenn die Pandemie noch mehr zu schlägt, dass man nicht Präsenztagungen ausführen kann und sich Rechtssicherheit geschaffen hat, um den Stadtrat durchzuführen zu können. Die Argumente, das zu beschließen, haben im HFA weit überwogen.

Herr Naumann gibt die Abstimmung des HFA bekannt: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

**Abstimmung zum Antrag von Herrn Hörtzsch: Zurückstellung BV 06-2021, 07-2021
7 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung (abgelehnt)**

Beschluss 6-2021 lautet wie folgt:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 03.07.2019 in der vorliegenden Fassung.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 20	davon anwesend	: 18
Abstimmung	Ja : 11	Nein : 6	Enthaltungen : 1
Mitwirkungsverbot	: 0		

Problem da. Man kann solange keinen Haushalt fertigmachen. Es stehen noch andere Projekte in der Stadt vor der Realisierung. Deshalb ist jeder Tag ohne Haushalt und die Entscheidung des Bürgerbegehrens wichtig. So viel Geld kann nicht eingespart werden, was das jetzt schon gekostet hat. Er stimmt für diesen Tag 25.04.2021.

Herr Berkenbusch: Mich würde interessieren, was der HFA gesagt hat. Herr Wolf hatte als Kämmerer einen Zeitplan vorgestellt. Wie ist der Ablauf in diesem Zeitplan? Sind wir vor oder verzögert sich die Aufstellung des Haushaltes?

Herr Naumann erklärt, dass der Haushalt von der Variante der Kita abhängt. Es ist nicht bekannt, welche Variante im Haushalt einkalkuliert werden soll.

Herr Marbach merkt an, dass beide Varianten vorbereitet wurden, ob Neubau oder die Sanierung des Altbaues des Standortes. Das ist auf jeden Fall der wichtigste Investitionsaufwand für die Stadt Raguhn-Jeßnitz. Die bekannte Investitionssumme muss im Haushalt angepasst werden. Das ist momentan nicht möglich. Es muss diese Verzögerung in Kauf genommen werden. Je frühzeitiger man den Haushalt hat, dann können die anderen Maßnahmen, zu welchen Fördermittelbescheide vorliegen, bei denen Eigenanteile gezahlt werden müssen begonnen werden. Diese müssten liegen bleiben und könnten nicht in Angriff genommen werden. Das betrifft auch die Ausreichung von Brauchtmitteln, was dadurch verzögert wird. Weiterhin müssen wir jede Maßnahmen, die wir in der haushaltslosen Zeit durchführen wollen, aus Notwendigkeitsgründen z. B. Gefahr im Verzug, betrifft derzeit laufende Baumschutzarbeiten, extra begründen. Das bedeutet einen erhöhten finanziellen und materiellen Aufwand, welcher in der Stadt betrieben werden muss. Er erinnert an das Jahr 2018 - haushaltslose Zeit - mit dem immensen Aufwand. Es bleiben dann Maßnahmen, welche dadurch nicht erfüllt werden können, auf der Strecke.

Herr Krause merkt an, dass es in der Beschlusslage als Erläuterung steht, dass das Gesetz vorschreibt, dass es innerhalb von 3 Monaten durchgeführt werden muss. Es sollte auch im Interesse sein, dass es nicht anfechtbar ist. Es stimmt für den 25.04.2021.

Herr Berger kommt auf die Aussage zum Haushalt zurück, dass jetzt dieses Bürgerbegehren ausschlaggebend ist. Das heißt, dass wir im Mai den Haushalt beschließen, dass man nur noch diese Zahl benötigt.

Herr Marbach erklärt, dass es ausschlaggebend sein wird. Die Investitionsstrecke ist vorgeplant. Das war Ziel des Stadtrates im September 2020. Kommt jetzt die andere Entscheidung zur Sanierung des Altstandortes, muss der Ergebnis-Haushalt überarbeitet werden. Das nimmt Einfluss auf die Sanierungskosten. Das bedarf etwas Zeit. Bekanntermaßen hat der Ergebnis-Haushalt ein Minus von 1,7 Mio. Euro. Die Vorbereitungen laufen. Momentan kann aber noch nicht gesagt werden, wenn der Erhaltungsaufwand kommt, wie das insgesamt im Haushalt untergebracht wird. So zwingt uns die Pandemielage noch zu einigen unbekanntem Ausgaben.

Herr Gebauer, BI möchte noch einmal klarstellen. Die Verlängerung auf den 06.06.2021 ist durch das Kommunalwahlgesetz abgedeckt. Es ist der erste Schritt, es in 3 Monaten zu tun, aber eine Verlängerung mit der einvernehmlichen Verlängerung ist noch vom Gesetz möglich. Die Bürgerinitiative sieht schon, dass die Bürgerbeteiligung ein Thema sein sollte, um im Rahmen einer Landrats- und Landtagswahl als zu einem Einzeltermin im April zu wählen. Die BI denkt, dass die 5 Wochen sicherlich eine Verzögerung sind, aber im Verhältnis dazu möglich sein sollte. Wenn man alles aufwiegt, würden die BI sich für die Bürgerbeteiligung entscheiden. Aus der Sicht der BI wäre das der 06.06.2021.

Herr Hörtzsch merkt zu den Ausführungen des Bürgermeisters zum Haushalt an, dass die 5 Wochenfrist nicht ausschlaggebend ist. Er hat es so verstanden, dass der Haushalt nach

aktueller Haushaltslage nicht zum 25.04.2021 beschlussfähig vorliegt, selbst wenn die BI diesen Termin als Wahltag zur Durchführung des Bürgerentscheides bekommt.

Herr Marbach wiederholt, dass der Investitions-HH steht. Aber das geht nicht, wenn man den Ergebnis-HH anfassen muss, weil dort das Minus bei 1,7 Mio. Euro liegt. Dort ist intensiv daran zu arbeiten, wie man die Kosten der Instandhaltung in den Ergebnis-HH aufnehmen muss. Vielleicht muss man dann noch einige Maßnahmen aus dem HH 2021 in 2022 ziehen. Das wäre ein immenser Aufwand. Das konnte noch nicht bearbeitet werden, da die Beschlussfassung noch offen ist. Der Neubau ist vorbereitet.

**Abstimmung zum Antrag von Herrn Hörtzsch. Wahltermin am 06.06.2021
8 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen (abgelehnt)**

Beschluss 3-2021 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt gem. § 5 (2) KWG LSA, den Bürgerentscheid mit dem Ziel, den Beschluss 47-2020 aufzuheben, am 25. April 2021 durchzuführen.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 20	davon anwesend	: 18
Abstimmung	Ja : 11	Nein : 7	Enthaltungen : 0
Mitwirkungsverbot	: 0		

12.	Anfragen und Anregungen der Stadtratsmitglieder und des Bürgermeisters
-----	--

Herr Berkenbusch: Ich habe folgende Anfrage, vielleicht auch eine Anregung. Ich muss weiter zurückgehen. Er muss an den 30.09. erinnern. Frau Mädchen-Vötig, ich spreche Sie persönlich an, weil Sie die Ausführungen gemacht haben. Sie erklärten im öffentlichen Teil, dass für den Kita-Standort Raguhn 10 Grundstücke geprüft wurden und auch im Ortschaftsrat vorgeschlagen wurden. Ist das Richtig?

Frau Mädchen-Vötig merkt an, dass sie das Protokoll jetzt nicht vorliegen hat. Sie korrigiert, dass es 27 Grundstücke waren.

Herr Berkenbusch: Dann sind es 27 Grundstücke. Dann beziehen Sie sich auf der S. 14 des Protokolls vom 30.09. auf eine Sitzung des Ortschaftsrates vom 26.09.2016, wo der OR für den Markeschen Platz gestimmt hätte. Frau Mädchen-Vötig, ich hatte Sie gebeten und Sie haben mich im Beisein von Herrn Naumann belehrt. Wenn ich die Protokolle des nichtöffentlichen Teils öffentlich mache, hätte das für mich Konsequenzen. Das ist soweit richtig. Nun hatte ich den Vorschlag gemacht, dass wir diese Protokollauszüge des Ortschaftsrates öffentlich zugänglich machen, per Abstimmung im Ortschaftsrat. Das wurde ihm verwehrt.

Dann sagten Sie weiterhin aus, dass sich zwei konkurrierende Beschlüsse des Ortschaftsrates gegenüber stehen würden. Einmal aus dem Jahr 2016, vom 26.09.2016 und aus dem vergangenen Jahr. Ich habe die Tagesordnung vom 26.09.2016 hier. Und ich würde Sie bitten, dass Sie mir, wie eine Anhörungsvorlage, eine Beschlussvorlage auszusehen hat, eine Nummer hat, ein Datum, einen detaillierten Sachverhalt. Können Sie mir die Nummer des Beschlusses nennen oder der Anhörungsvorlage, die der Ortschaftsrat gefasst hat?

Herr Marbach spricht Herrn Berkenbusch an. Er ist der Hauptverwaltungsbeamte dieser Verwaltung. Er bittet Herrn Berkenbusch, er stellt sich vor seine Verwaltung, nicht Frau Mädchen-Vötig direkt anzusprechen, sondern wenn er das Problem hat, zum Bürgermeister zu kommen. Dort wird darüber diskutiert. Ich möchte nicht, dass er die Verwaltungsmitarbeiter in dieser Art hier vorzitiert. Er kann ihm als Hauptverwaltungsbeamten/Bürgermeister das Problem vortragen und ihn an dieser Stelle

zitieren.

Herr Berkenbusch: Ich möchte darauf verweisen, dass der Herr Bürgermeister an dem Tagesordnungspunkt am 30.09. Mitwirkungsverbot hatte. Dann bitte, Herr Bürgermeister, nennen Sie mir die Beschluss-Nr. oder die Nummer der Anhörungsvorlage vom 26.09.2016 aus der Ortschaftsratssitzung der Ortschaft Raguhn, wo es um diese Sache ging. Können Sie mir diese Nummer nennen?

Herr Marbach fragt, wann es war?

Herr Berkenbusch: Am 26.09. Er kann es vorbringen. Lesen Sie die Nummer vor.

Herr Marbach möchte folgenden Vorschlag machen.

Herr Berkenbusch: Nein.

Herr Naumann spricht Herrn Berkenbusch an und erklärt. Wenn hier Anträge gestellt werden, haben diese auch keine Nummer. Wenn das im nichtöffentlichen Teil behandelt wurde, wo es keine Nummer gab, ist es trotzdem ein Antrag und es gibt eine Abstimmung. Sie haben doch im nichtöffentlichen Teil darüber debattiert und abgestimmt. Das ist doch auch ein Beschluss.

Herr Berkenbusch: Herr Naumann, haben Sie dieses Protokoll des Ortschaftsrates gelesen?

Herr Naumann verneint und sagt, dass er es auch nicht hat. Er führt aus, dass es nicht hier her gehört und Herr Berkenbusch könnte das mit Herrn Marbach im Drei-Gespräch klären.

Herr Marbach bittet das Gespräch an.

Herr Naumann merkt an, dass es mit der Stadtratssitzung gar nichts zu tun hat.

Herr Berkenbusch: Doch es ist ein Beschluss, wo die Ortschaft nicht angehört wurde. Wenn das Ding durchgeht und es kommt irgendwo eine Klage, wackelt das ganze Gebäude. Und wir haben hier beschlossen, der Stadtrat hat es beschlossen, namentlich abgestimmt. 1 Mio. geht nach Jeßnitz in die Jeßnitzer Wohnungsgesellschaft. Wenn jetzt dieses Objekt, da oben gegonnen wird. Nehmen wir mal an, dass die Bürger sagen, dass sie es da oben hin haben wollen. Dann kommt jemand auf die Idee und klagt dagegen. Dann wackelt Ihr ganzes Gebäude und dann geht es nicht um 1 Mio., sondern um 5,5 Mio. Euro. Ich möchte dann den Richter oder Staatsanwalt sehen, der dann noch Fragen stellt.

Herr Naumann erklärt, dass der Ortschaftsrat nur eine Anhörungspflicht hat. Es ist kein beschließendes Organ. Es kann jeder klagen, wie er möchte. Wenn dort nicht angehört wurde, dann ist es kein Fehler. Im Enteffekt entscheidet der Stadtrat darüber und nicht der Ortschaftsrat. Er möchte damit das Thema beenden. Wenn er das Problem hat, soll er es mit Herrn Marbach und Frau Mädchen-Vötig klären. Wenn es im nichtöffentlichen Teil behandelt wurde, somit kann man die Details gar nicht besprechen.

Herr Berkenbusch: Ich möchte eine Feststellung machen. Ich stelle fest, dass ihm die Beschluss-Nummern und die Anhörungsvorlagen-Nummern nicht genannt werden können. Bitte in das Protokoll. Ihr guckt doch nicht drauf. Ihr weigert euch doch.

Herr Loth möchte wissen, wie oft der Stadtrat Berkenbusch im Stadtrat Anträge gestellt hat, die vorher nicht drauf standen. Er kann sich an zwei erinnern, ohne Beschluss-Nr., ohne Grund.

Er möchte noch feststellen, dass die Jeßnitzer Wohnungsgesellschaft nicht nur in Jeßnitz, sondern im gesamten Stadtgebiet wirkt. Es geht nicht eine 1 Mio. nach Jeßnitz, sondern in

die Gesellschaft. Die JWG wirkt auch in Raguhn, Gartenstraße, in allen Gebäuden. Er fügt hinzu, dass das eine Aussage ist, die schädlich für die Stadt ist. Sie teilt und trennt die Stadt.

Herr Dreißig bestätigt die Ausführungen als Mitglied im Aufsichtsrat der JWG. Er erklärt, dass das Geld zu 100 % in der Tochtergesellschaft der Stadt Raguhn-Jeßnitz bleibt. Das Geld ist nicht weg. Es wird sauber investiert. Andere Kommunen, die gut da stehen, machen das auch so. Es ist eine sehr gut gehende Gesellschaft. Er sieht das nicht als Untersuchungsausschuss, was hier gemacht wird. Er stellt die Frage: Wie war das Abstimmungsverhältnis bei diesem Beschluss, wenn man keine Nummer hat? Er hält es für juristisch irrelevant.

Herr Hörtzsch erklärt, dass ihm das Protokoll vorliegt. Es ging um den Zustand der Kita. Frau Mädchen-Vötig hat dazu Ausführungen getätigt. Eine Aussage ihrer Ausführung war, dass der Ortschaftsrat die Aufstellung des B-Planes schon 2016 beschlossen hat. Dafür gibt es keine Anhörungsvorlage in dem Tagungsprotokoll, geschweidenedem eine weiterberatende Beschlussvorlage, die den B-Plan begründet, der in Auftrag für den Markschen Platz gegeben worden ist. Das war einer ihrer Kernaussagen, der mehrseitigen auf S. 14 getätigten Aussagen. Darum geht es in dem Fall. Er ergänzt, dass Sie die Ausführungen im öffentlichen Teil getätigt hat. Der Beschluss und die Grundstücksangelegenheit waren im nichtöffentlichen Teil des Ortschaftsrates.
(Er möchte das wörtlich festgehalten haben.) Sie kann dazu eine Antwort geben, warum das so getan wurde.

Herr Fromme kommt auf die 1 Mio. Euro zurück. Er erläutert, dass diese nicht für Wohnungen verwendet werden soll, sondern für diese Kindereinrichtung. Wenn die JWG diese finanziert, dann benötigt sie diese 1 Mio., um den Kredit dafür zu bekommen.

19.39 Uhr Ende öffentlicher Teil - Pause bis 19.47 Uhr